

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
einmaliger Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., einmonatlich 2 M.,
einmalig 1 M., ohne Nachsch.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktionen verantwortlich:
Johs Pantius in Halle.

[Verantwortlichverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.
Königsstr. 176.]

Saale-Zeitung.

Neunundzwanzigster Jahrgang.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Anzeigen

werden die Spaltzeile über deren Raum
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Retouren die Zeile 80 Pfg.
Ertheilt wöchentlich frühmorgens,
Sonntag und Montag einmal,
sonst dreimal täglich.

Nr. 142.

Halle a. d. Saale, Montag den 25. März

1895.

Die innere Lage.

Der jüngste Sonnabend wird jedenfalls als ein denkwürdiger Tag in der parlamentarischen Geschichte verzeichnet bleiben. Das ist nicht ohne Grund, daß wegen einer Abstimmung zwei Mitglieder des Präsidiums ihre Aemter niederlegen, voraussichtlich sogar das genannte Präsidium wechselt und überdies der Herrscher seiner tiefsten Entrüstung über einen Mißspruch der Volkvertretung Ausdruck giebt. Wäre nicht in deutschen Landen lange Jahre die Parteiverhinderung die gegenwärtige Verleugung, die persönliche Verunglimpfung des Gegners an der Tagesordnung gewesen, diese Ereignisse hätten sich nicht abspielen können. Man weiß, daß die Ansichten über die Frage, ob auch Männer der Parteien, die von dem Fürsten Bismarck auf das heftigste angegriffen worden sind, es als Bedürfnis oder gar Pflicht oder auch nur als ehrenhaft und würdig ansehen können, ihre am dem Tage, da er sein achtziges Jahrestag abschließt, ihre Glückwünsche darzubringen, getheilt sind. Man hat gesehen, wie Gegenwärtige sowohl in der Breslau nimmt die Stadtverordneten-Versammlung, wie auch sie zahlreiche freisinnige Mitglieder zählt, einmütig eine Glückwunschadresse an in Berlin leucht die Mehrheit jede Glückwunschadresse ab, obwohl auch in der Minderheit sich freisinnige Männer befinden. In der Fraktionsverhandlung des Centrums vertrat Herr Lieber die Ansicht, daß man ruhig dem Fürsten Bismarck einen freundlichen Lebensabend wünschen könne, auch wenn er einst gesagt habe, daß der Mörder Klammern an den Hockschüssen des Centrums hänge. Selbst in der südbayerischen Demokratie sind die Meinungen getheilt. Hat doch ihr größtes Blatt, das sicherlich immer zu den entschiedensten Gegnern der Politik des Fürsten Bismarck gehört hat, die „Frankfurter Zeitung“, innumwendbar ausgesprochen, sie halte es für angemessen, daß der Reichstag mit seinen Glückwünschen in Friederichsruh nicht fehle und daß für dieses Zeichen der Höflichkeit auch die Parteien stimmen, die mit dem früheren Kanzler Langen gebrochen haben.

Ueberall taucht nun die Ansicht auf, daß der Sonnabendbeschluss des Reichstages und insbesondere das Telegramm, das der Kaiser an den Fürsten Bismarck richtete, zu einer Auflösung des Reichstages führen müsse. Wir können diese Auffassung nicht theilen. Bei dem Beschlusse des Reichstages handelte es sich nicht um eine Staatsangelegenheit, nicht um eine Frage, die innerhalb des Bereiches der legislativ-sten Rechte und Pflichten der Abgeordneten lag, und deshalb kann unterns Erachtens auch aus diesem Reichstagsbeschlusse, so bedauerlicherweise derselbe ist, ein Anlaß zur Reichstagsauflösung nicht hergeleitet werden. Eine Auflösung des Reichstages würde auch ein sehr bedenklicher Schritt sein. Kein Reichstag in zwei Monaten über die Frage abstimmen, ob der Reichstag am vorigen Sonnabend recht oder unrecht gethan hat, dem Fürsten Bismarck den Glückwunsch zu vertragen. Ganz zurecht sagt die „Nationalzeitung“, die Auflösung des Reichstages wäre ein verhängnisvoller Mißgriff, da man die Reichstagsauflösung nicht lediglich zu einem Zweck über den Reichstagsbeschluss anfordern kann, die Wahlen vielmehr jetzt zu einer leidenschaftlichen Agitation für und gegen den Antrag König Anlaß geben und den herrarigen Wahlkampf herbeiführen, könne keinen überlegenden Politiker in dem Sinne kommen. Diese Ausführungen sind um so beachtenswerther, je erasser die Entrüstung auch der „Nationalzeitung“ über die Auflösung des Antrages des Präsidiums ist.

„Aber die „A. Z.“ weiß den Gebrauchen an eine Reichstagsauflösung entgegen zu setzen, indem sie schreibt: „In den Kreisen einiger nationaler Hitzköpfe wünscht man, daß die Reichsregierung den heutigen bekräftigten Beschluss benutzen möge, den Reichstag aufzulösen. Ein schärferer Rath kann wohl schwerlich ertheilt werden. Die verbundenen Regierungen haben bei dieser inneren Angelegenheit des Reichstages keine Veranlassung gehabt, auf den Entschluß einzutreten; sie haben sich dabei keinen Rath geholt und keinen Rath holen können, da es sich ausschließlich um eine Frage der Würde und der Ehre des Reichstages selbst handelte. Auch die Befragung des Reichstages ist eine Frage, auf deren Lösung die verbundenen Regierungen Einspruch zu nehmen nicht den geringsten Anspruch haben. Sie haben immer mit demjenigen Reichstage zu rechnen, den ihnen das hochzuverehrende gleiche Wahlrecht als die berufene Vertretung des deutschen Volkes zuzuschreiben; im eigenen Augenblicke den Reichstag aufzulösen, wo noch nicht einmal das Budget festgestellt und ein großer Theil der augenblicklichen Minderheit sich zum nächsten Sommer gegen die Regierung und die vom Kaiser genehmigten Staatsratsbeschlüsse ansetzt, das würde doch eine politische Unflughelt sein, die schließlich nicht überboten werden kann.“

Von einiger auch politischen Bedeutung ist die Frage der künftigen Besetzung des Reichstagspräsidiums. Es werden zum mindesten zwei Personen neu in das Präsidium eintreten müssen, denn außer Herrn v. Levetzow hat nun in der That auch der zweite Vizepräsident, Dr. B. Müller, sein Amt niedergelegt und dies, wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, schon in einem am Sonnabend abend an Herrn v. Bennigsen gerichteten Telegramm mitgetheilt.

Herr v. v. Levetzow war der äußere Anlaß zum Bericht auf sein Amt seit gerammer Zeit herbeigeführt; denn der Präsident des Reichstages hatte sich mehrfach mit der Mehrheit in Gegensatz gebracht, insbesondere bei seiner Aufstellung und Behandlung des Falles Lieberrecht. Es werten in ihm auch die Vorgänge bei der Weisung des neuen Reichstagsgebäudes mit, und was abzuwarten zu wissen, daß auch die wiederholte Berufung der Minister des neuen Kurses auf die Ausfertigung des Herrn v. Levetzow, jene Veranlassung, die die Einmündung des Staatsanwalts in die inneren Verhandlungen des Reichstages rechtfertigen sollte, Herrn v. Levetzow tief verstimmt hat. Seine Amtsführung hat bis zum Beginn dieser Session bei allen Parteien eine warme Anerkennung gefunden.

Seute ist das Bedauern, daß seinem Rücktritt folgt, bei der Mehrheit nur ein Produkt der gesellschaftlichen Höflichkeit. Der Präsidentenwechsel aber ist von großer politischer Bedeutung, weil er eine wesentliche Umgestaltung der politischen Meinungen darthut. Als der Reichstag zum ersten male zusammentrat, wurde zu seiner Leitung wie durch geschickliche Nothwendigkeit der geborene Präsident, der Mann, der schon das deutsche Parlament in Frankfurt a. M. geleitet hatte, benannt. Einsonst blieb an der Spitze der Reichstags bis zum Jahre 1874. Es entsprach der politischen Lage, daß ihm Herr v. Forckenberg folgte. Im Jahre 1879, als der große Umschwung in der Wirtschaftspolitik eintrat und zugleich der Kulturkriege sich andeutete, da legte Forckenberg, bald nachdem er gerufen hatte: „Auf die Schanzen! sein Amt nieder, und damit dem Bündnis zwischen den Konservativen und den Ultramontanen ging das Präsidium in die Hände der Rechten über. Neben dem konservativen Präsidenten erschien zum ersten male im deutschen Reichstage ein ultramontaner Vizepräsident. Jetzt ist man so weit gekommen, daß ein Ultramontaner zum ersten Präsidenten gemacht wird. Beweis genug, daß diese Partei eine ansehnliche geistige Stellung in der Gesetzgebung erlangen hat, und sie unabhängig von der Regierung und der Rechten unabweisbar wird, jetzt ihren Augen auch der Macht auch für die Leitung der parlamentarischen Geschäfte zu ziehen weiß.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalsnachrichten.

Berlin, 24. März. Der Kaiser machte gestern vormittag mit der Kaiserin einen gemeinsamen Spaziergang durch den Tiergarten und sprach auf der Rückkehr im Auswärtigen Amte vor. Es folgten später im Schloß Vorlesungen und Redungen. Heute vormittag besuchten beide Majestäten den Gottesdienst in der Garnisonkirche. — Die Kaiserin Friederich ist am Sonnabend abend von London nach Deutschland abgereist.

Urtheile über das Reichstagsvotum.
Das Telegramm, in dem der Kaiser seine Meinung über den Reichstagsbeschluss vom Sonnabend auspricht, haben wir in der Sonntagsnummer bereits mitgetheilt. Herr Bismarck hat darauf telegraphisch wie folgt geantwortet:

Friederichsruh, 23. 3. 95. 7 Uhr 15 Min. nachm.

Eurer Majestät dem Kaiser und Königin Berlin.
Eure Majestät bitte ich den ehrsüchtigen Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Milderheit Kundgebung entgegenzunehmen, durch welche Eure Majestät die mir noch unbekannt Unerwartung meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugthuung für mich umwandeln.
(S.) v. Bismarck.

Die Urtheile der Presse über das Reichstagsvotum fallen so aus, wie es vorauszu sehen war. Auch die großen freisinnigen Zeitungen verurtheilen ganz rüchlos das Vergehen der freisinnigen Volkspartei, so das „Berl. Tagebl.“ und die „Post“. Letztere z. B. sagt:

„Die Klüft zwischen den Parteien, die sich als liberal bezeichnen, ist vergrößert worden, und es ist keine Aussicht, daß dieselbe Richtung zu irgend einem neuen, aber nicht unheimlich und bald gewinnen wird. Bei einer Konstitution, die aus Centrum, Freisinn und Sozialdemokratie besteht, ist der Freisinn am schwächsten an Zahl und schon darum am einflusslosesten; er ist aber noch besonders gedrückt dadurch, daß er mit jedem Abgeben an einen Nachbar löst, von dem ihm die gleiche Meinungsrichtung abentheilen trennen. Wir wollen wegen der Abkündigung am 23. März gegen niemanden Vorwürfe erheben, aber die freisinnige Partei wird wenig Erfolg erwarten haben, sich dieses Tages zu freuen.“

Das wenigstens ein harter Zell der Reichstagsmehrheit vom Sonnabend lediglich eine That des Hoffes, einen Machtvollziehen wollte, das findet sich in der „Vorwärts“ mit folgenden Sätzen:

Als Präsident von Levetzow einige Minuten vor 2 Uhr an-
sündigte:

146 Mitglieder haben mit Ja,
168 mit Nein gestimmt —
da war das Haus still wie ein Grab. Die Beschlagenen hätten sich geschlagen. Und die Opposition hatte keinen Grund zu gerühmtem Jubel — sie hatte getraut.

Ein Akt der Nützlichkeit hatte sich erfüllt. Die Remeris hatte ihres Amtes gewaltet. Das deutsche Volk hatte durch den Mund seiner Vertreter den Mann gewählt, der mehr Unrecht gethan und mehr Elend über die Welt gebracht hat als irgend ein anderer seit dem Tode des ersten Napoleon, und der nicht wie die dieser seinen bestellten Schandkonto große Ansehenspunkte gegenüberstellen hat.

Der Deutsche Reichstag hat heute zum ersten mal Rückgrat gezeigt, hat den mächtigen Einflüssen der vereinigten reaktionären Parteien entgegengetreten, und, indem er dem Urheber der Blut- und Eienpolitik das Urtheil sprach, die Ehre des deutschen Volkes gewahrt und sich selbst für dieses eine mal des Namens einer Volkvertretung würdig bewiesen.

Das ist die freisinnige Volkspartei zum Mitschuldigen an einem Verbrechen gemacht hat, das die Sozialdemokratie in dieser Weise ausbeutet und ausbeutet, das können wir nur immer wieder tief beklammern. Die „Hamd. Nachr.“ denen man beinahe die Fühlung mit Friederichsruh zuschreibt, lassen sich über das Reichstagsvotum wie folgt vernehmen:

Der Reichstag war ja bei der Zusammenkunft des letzten Reichstages zu erwarten, und es wäre vielleicht besser gewesen, gar nicht erst den Versuch zu machen, die Zustimmung der Majorität zu einer Beschlimmung des Fürsten zu erlangen, da sein negatives Ergebnis von vornherein feststand; aber nun die Ablehnung aus Thatsache vorliegt, wirkt sie doch wie ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Nicht den Fürsten Bismarck hat der deutsche Reichstag gekränkt, indem er ihm

die Glückwünsche zu seinem 80. Geburtstage verweigerte. Der große Kanzler hat sie nicht erzwungen und kann sie nicht ertheilen; aber mit allen Danksagen, denen die Ehre ihres Vaterlandes an Herzen liegt, wird auch er es beklagen, daß es zu dieser Hofhaltung Deutschlands vor dem Auslande gekommen ist. Die Thatsache, daß sich 25 Jahre nach der Wiederherstellung des Deutschen Reiches durch die Politik des Fürsten Bismarck ein deutscher Reichstag gefunden hat, welcher dem alten Kanzler am Abend seines ruhmreichen Lebens den Dank der Nation zu verweigern dem künftigen Reich hätte, wird, darüber darf man sich keiner Zustimmung hingeben, bei allen Willen Mißbilligung und die abspredenden Urtheile über den deutschen National-Charakter hervorgerufen.

Der Berliner Verein deutscher Studenten hat an den Kaiser folgende Depesche geschickt: „Das erlösende Kaiserwort Eurer Majestät an den Fürsten Bismarck würdig begehrten Wiederhall in den Herzen der deutschen Jugend. Mit dem Ausdruck tiefer Ehrerbietung und Dankbarkeit gez. Leopold.“ — Desgleichen hat der Verein an den Fürsten Bismarck, Friederichsruh, folgende Depesche abgeschickt: „Empfört über den Beschluß der deutschen Volkvertretung hoffen wir mit Eurer Durchsicht zuversichtlich, daß durch den Reichstag späterer Jahrzehnte ein anderer, nationaler Hauch wehen wird. In unaußersprechlicher Dankbarkeit.“

Der Kaiser im Staatsrat.

Offiziell wird noch geschrieben: „Ueber die Leitung der Verhandlungen des Staatsrats durch den Kaiser sind alle Staatsratsmitglieder ungetheilten Lobes voll. Die Aufgabe, in je rascher Aufeinanderfolge täglich von morgens bis abends Verhandlungen von solcher Wichtigkeit zu präsidieren, war eine überaus schwierige. Sie stellt die größten Ansprüche an Geist und Nerven. Aber auch den weitgehendsten Anprüden ist in der vollkommensten Weise genügt. Das liebevolle Interesse und das weitgehende Verständnis, welches der kaiserliche Vorsitzende gleichmäßig und dauernd während der ganzen Verhandlung an den Tag legte, mußte auf die Theilnehmer wohlthun wirken. Ganz besonders aber hat auch die große Nebenwichtigkeit, welche der Kaiser in dem geselligen Verkehr mit den Mitgliedern des Staatsrats entfaltet, ihm in noch höherem Grade als bisher die Herzen gewonnen. So stellte der Kaiser bei der Feststellung im Schlosse der Kaiserin als Vorsitzender des Staatsrats selbst die Mitglieder desselben einzeln vor. Wenn, wie der Kaiser selbst wiederholt ausgesprochen, die Verhandlungen des Staatsrats für ihn ein Gewinn waren, so werden sie in noch höherem Maße für die Staatsratsmitglieder und deren Kreise von bleibendem Werthe sein.“

Die Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk.

In acht Tagen treten die Vorarbeiten über die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk in Kraft. Die davon betroffenen Arbeitgeber werden, wenn sie sich nicht Unannehmlichkeiten aussetzen wollen, gut thun, genau die Bestimmungen zu beobachten, welche bei der Durchföhrung der Bestimmungen für sie vorgeschrieben sind. Dazu gehört in erster Reihe die Anlegung des Verzeichnisses über die Zahl der mit nach dem Gesetze selbst an Sonn- und Festtagen zulässigen Arbeiter betrauten Arbeiter, die Dauer ihrer Beschäftigung und die Art der vorgenommenen Arbeiten. Sodann haben die Arbeitgeber vom 1. April ab darauf zu sehen, daß soweit ihre Betriebe unter die vom Bundesrat auf Grund des § 100a der Gewerbeordnung erlassenen Ausnahmerevorschriften fallen, häufig die letzteren Vorschriften in den Betriebsverträgen ausgefügt sind. Es dürfte sich empfehlen, die Ausnahmgelatte in gleicher Weise anzufügen zu lassen, wie es bereits mit anderen durch die Gewerbeordnung, das Unfallversicherungsgesetz u. v. vorgeschriebenen Bestimmungen geschehen ist. Eine ähnliche Vorkehrung, wie für die an Grund des § 100a erlassenen Ausnahmgelattungen, besteht für die an Grund des § 105 f von der unteren Verwaltungsbehörde getroffenen Verfügungen, jedoch brauchen diese Verfügungen natürlich nur während der Zeit der zur Verfertigung eines unterhaltensfähigen Gebens vorgenommenen Sonn- und Festtagsarbeiten ausgefügt zu werden. Es ist klar, daß bei der Ausführung der am 1. April in Kraft tretenden Bestimmungen Schwierigkeiten sich ergeben werden; man hofft dieselben aber um so eher aus der Welt schaffen zu können, als bei der Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk im Unterchiede von der am 1. Juli 1892 zur Geltung gelangten Sonntagsruhe für das Handgewerbe, für einen gleichmäßigen Vollzug des Gesetzes in allen Bundesstaaten gesorgt ist.

Landwirtschaftskammern.

Nachdem nunmehr sämtliche Provinziallandtage der Monarchie gutachtlich über die Errichtung von Landwirtschaftskammern geäußert worden sind, wird der Minister des Innern, der „A. Z.“ zufolge, dem König eine Vorlage unterbreiten, in der um die Genehmigung von Landwirtschaftskammern in den einzelnen Provinzen gebeten wird. Sobald die Genehmigung ertheilt werden, sollen die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern durch die Kreisräthe stattfinden, und zwar Ende Sommer oder Anfang Herbst. Die dann gebildeten Kammern sollen sich darauf befüßig Feststellung ihrer Zuständigkeit mit der Staatsregierung ins Einvernehmen setzen.

Gute Finanznachrichten.

Die für die ersten elf Monate des laufenden Etatsjahres zur Reichskasse gelangte Reinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat sich auf 990,2 Millionen oder 33,5 Millionen mehr wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres belaufen. Von dem Mehr entfallen 24,4 Millionen auf die Zölle, 8,9 Millionen auf die Zuckersteuer. Die

Brandmaterial- und Verbrauchsabgabe, sowie die Brauersteuer weisen zusammen ein Betrag von etwas mehr als einer Million auf. — Das die übrigen Einnahmen betrifft, so hat die Provinzen ein Mehr von 11,9 Millionen, die Kreissteuer ein solches von 4 Millionen, die Post- und Telegraphenverwaltung von 11,5 und die Eisenbahnenverwaltung von nahezu 17 Millionen ergeben. — Hiernach befreit sich also die Finanzlage des Reiches zu erfreulich, daß wir auf neue Steuern und insbesondere auf die Tabaksteuer werden verzichten können.

Zur Frage des Apollitismus.

Eine größere Anzahl evangelischer Prediger der preussischen Landeskirche veröffentlicht die folgende Erklärung:

Die Beschlässe der außerordentlichen General-Synode über den Gebrauch des Apollitismus sind sowohl in der Sitzung vom 10. November d. J. als auch nachträglich in Revisionen einzelner hervorragender Synodalen in einer Weise angesehen worden, welche in weiten Kreisen die Gemüther beunruhigt. Mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit ist die Forderung aufgestellt worden, daß in Zukunft die jungen Theologen bei der Ordination die Aussagen bei der Taufe, die Konfirmation bei der Segnung eine höchst wichtige Verpflichtung auf das Apollitismus übernehmen müssen und der Sturz im Gottesdienste sich mit der Genesende zum Vorhinein des Apollitismus befremde. Infolgedessen tragen manche, und zwar zum Theil die tüchtigsten und gewissenhaftesten jungen Theologen Bedenken, ob sie unter solchen Umständen noch inländisch ein Predigtamt zu übernehmen, während andererseits ernste Gemeindeglieder sich die Frage vorlegen, ob sie sich dann noch mit innerer Zustimmung an kirchlichen Leben werden betheiligen können.

Da sich nach den Grundgeden der evangelischen Kirche der Glaube nicht auf ein Bekenntnis, sondern allein auf das Wort Gottes in der heiligen Schrift stützt, so ist der kirchliche Glaube nicht die Zustimmung zu einer wenn auch noch so ehrenwürdigen Tradition, sondern die persönliche Aneignung der in Christus geoffenbarten Gnade Gottes ist, so wird in der evangelischen Kirche wohl die Verpflichtung auf nicht in der Bekenntnisart ausgesprochenen Gesittungen gebietet, nicht aber die Verpflichtung auf den Ausdruck der Bekenntnisart in bestimmten Worten gegeben haben. In diesem Grundbilde etwas zu ändern, hat keine Synode ein Recht, wo ja nach § 1, Abs. 2 der General-Synodalordnung durch diese der Befreiungsstand und die Union nicht berührt werden sollen.

Wir können deshalb in unseren Verkündungen der Träger der Reichstagspartei persönliche Meinungen führen, welche für uns in keiner Weise verbindlich sind. Wir dürfen sie nicht der Glaubenslehre der evangelischen Kirche allgemeingültig bezeichnen, so würde damit in unserer Kirche ein anderer Grund gelegt außer dem, der gelegt ist: Christus. Da thatsächlich viele diesen Grund haben, so fühlen wir uns in unserem Gewissen gezwungen zu erklären:

1. Wir sind bei unserer Ordination nicht auf den Bekenntnis, sondern auf den religiösen Gehalt des Apollitismus verpflichtet worden, und werden es auch, mögen wir nun die neue oder die alte Agenda in Anwendung bringen, in Zukunft in diesem Sinne gebrauchen, wie es in der Kirche der Union unser gutes Recht ist.

2. Aus den Beschlässen der General-Synode kann nicht das Recht abgeleitet werden, den zu ordnenden jungen Geistlichen das Apollitismus als Lehrgesetz auf das Gewissen zu legen, wie der Evangelische Oberkirchenrat in seinem die Bedeutung des Apollitismus betreffenden Erlass vom Jahre 1892 ausdrücklich anerkannt hat, denn auch das erwähnte Bekenntnis unterliegt der Prüfung am Evangelium.

Verschiedene Mittheilungen.

* Das Kaiserpaar beabsichtigt für die besten Schiffsleistungen der Kaiserlichen Marine die Bekämpfung der Fischerei in den Küsten des Nordwestpazifiks, festschreiben. Demnach haben die Geschäftsmannschaften desjenigen Schiffes des Nordwestpazifiks, welches wegen der bei der jedesmaligen letztjährigen Nebungsperiode erzielten besten Leistungen im Schießen mit der Schiffsartillerie den Kaiserpreis erhalten hat, das Kaiserpaar nach dem Kaiser für Geld- und Substantielle anzulegen.

* Der neue Commandeur des 6. Armee-corps, Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen, ist im Juli dieses Jahres. Er hat sich durch französische Krieg als Gefolgs-Gewerant mitgemacht. 1882 wurde er in den Großen Generalstab versetzt, 1887 wurde er Commandeur des Kaiser Franz Garde-Brigade-Regiments, 1889 Commandeur der 2. Garde-Infanterie-Division und 1893 der 22. Division in Kassel. — Zum kommandirenden General des Armeekorps wurde, wie bereits mitgeteilt, General v. Binde und quill, Generaladjutant des Kaisers ernannt, und der Adjutants-Commandeur General-Gewerant v. Dettlinger in Magdeburg als Nachfolger des Generals v. Binde zum Kommando der 26. Division nach Stuttgart zurückversetzt.

* Der Geheimde Ober-Regierungsrath Schneider, vortragender Rath im Kultusministerium und langjähriger Decretar für das Volkshochschulwesen, insbesondere auch für das Hochschulgewesen, bearbeitet die Vorarbeiten zu dem Entwurf des Reichsgesetzes über die Volkshochschulen, welche nach Schneider, liegt im 10. Lebensjahre und hat sich vor einiger Zeit einer Augenoperation unterziehen müssen, die glänzlich verliefen ist. Bei seinem hohen Alter hält er es aber doch für gerathen, von der mit seinem Amte verbundenen großen Arbeitslast zurückzutreten.

* In den letzten Abgeordnetenhaus-Verhandlungen über die Apollitengesetze wurde auch der Hinweis auf den sog. Apollitensyndikat eine Rolle. Nach den von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptungen müßte man annehmen, daß die Apolliten im Durchschnitt verhältnismäßig häufig verurtheilt würden. Wie nun von sachmännlicher Seite festgestellt wird, sind in den Jahren 1893 und 1894 in Preußen durchschnittlich 6 Proz. der Apolliten verurtheilt worden. Demnach bleibt also eine preussische Apollitensyndikat 16 bis 17 Jahre in einer Hand.

Ansland.

England. Diäten an Abgeordnete sollen von der nächsten Session an gezahlt werden — so hat das Unterhaus beschlossen — an die Mitglieder des englischen Unterhauses. Schatzkanzler Harcourt erklärte bei der betreffenden Verhandlung im Unterhaus, das Unterhaus beruhe zu sehr auf einer Klasse. Er läßt nicht ein, wie das Haus die Abfertigung aus dem Vertrauen des Landes verlieren könnte, wenn es sich aus mehr Vertretern verschiedener Klassen zusammensetzen würde. Die Frage würde eine solche der Zeit und des Geldes. Was das Geld betrifft, so werde er bald eingehendere Erklärungen abgeben können, als er jetzt in der Lage ist. Was die Zeit anbetreffe, so sei das Haus da mehr Herr als er. Er würde ebenfalls, wenn er läßt, daß es angebracht sei, alles thun, was er könne, um die Sache zu fördern. Goshen bekämpfte die Resolution, die darauf mit 176 gegen 158 Stimmen angenommen wurde. Nach der Erklärung Harcourt's und der Annahme der Resolution ist es nicht zu bezweifeln, daß schon der Etat für das nächste Geschäftsjahr die Diäten für die Mitglieder des Unterhauses ausfallen wird.

Gladsione trat am Sonnabend abend bei seinem Wohlfühlen von Mentone wieder in London ein.

Rußland. Am Sonnabend wurde ein Gesetz verfaßt betreffend die Einführung einer Konsteuer von 1/4 bezw. 1/2 und 1 Kopelen pro Rub von allen in den petersburger Hafen einzuführenden und aus denselben auszuführenden Waaren, rohe Pflastersteine ausgenommen.

Ein kaiserlicher Ulaß befehligt Geheimrath Schifkin in seinem früheren Amte als Adjuvant des Ministers des Inneren.

Frankreich. Die nationale bimetallische Liga hat sich konstituiert. Die Versammlung, in welcher Roubet den Vorschlag führte, genehmigte die Statuten, stellte das Arbeitsprogramm auf und beschloß über die Zusammenkunft, sowie die Besetzung des Generalrats der Liga. Zum Vorsitzenden des letzteren wurde Roubet, zu dessen General-Sekretär Edmond Thierry gewählt.

Dänemark. Die Kaiserin-Wittve von Rußland ist am Sonnabend abend um 6 Uhr 50 Min. mittels Sonderzuges von Giebel in Kopenhagen eingetroffen. Der Kronprinz und Prinz Waldemar waren der Kaiserin-Wittve bis Giebel entgegengefahren. Der König und die königliche Familie waren zum Empfang am Bahnhof anwesend.

Italien. Das Kassationsgericht wird wahrscheinlich am 10. oder 17. April über die Berufung Giolitti's verhandeln.

Spanien. Das neue Cabinet wird voraussichtlich wie folgt zusammengesetzt sein: Canovas's Vorkitz, Herzog von Teñan Anwärter, Alcala-Galiano, Canabada Anstift, General Alcaraga Vorkitz, Admiral Beranger Marine, Navarro Reverter Finanzen, Pidal öffentliche Arbeiten, Romero Colonien, Cossagau Inneres. Das Ministerium wollte schon am Sonnabend abend den Eid leisten und sich am Dienstag den Kammern vorstellen. Es heißt, wenn die Kammern die Budgetbewilligung verweigern, wird zu deren Auflösung gedroht werden; die Mehrheit soll gewollt sein, das Budget, jedoch kein politisches Gesetz zu bewilligen, die Republikaner und Carlisten hingegen die Bewilligung bekämpfen. Wie versichert wird, werde es sich das neue Cabinet zur Aufgabe machen, die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten ohne Bevorzugung einer derselben und im Geiste der Neutralität eng zu knüpfen; hauptsächliche bestrebt sei, einen energischen Vorgehen in Bezug auf Cuba und werde sich auch durch die Nothwendigkeit irgendwelcher Opfer nicht aufhalten lassen, den Aufstand zu unterdrücken. Canovas werde sich betheiligen, überall das Prinzip der Autorität durchzuführen.

Zwischenwischen haben sich nun auch diejenigen, welche den äußerlichen Auslaß für der ganzen Krise gegeben, wieder zusammengefunden, die Offiziere und Journalisten. Infolge einer Versammlung von Offizieren und Journalisten ist es nun möglich, wie vom Sonnabend aus Madrid gemeldet wird, jedes zwischen denselben bestehende Mißverständnis auszuräumen.

China und Japan. Als die Hungertifung am Sonnabend von der Kaiserin mit den japanischen Bevollmächtigten nach seiner Wohnung zurückkehrte, schoß ein junger Japaner mit einer Pistole auf ihn und verwundete ihn am Gesicht. Man schreibt das Verbrechen irgeleitem Patriotismus zu. Der betreffende Japaner wurde unter großer Erregung der Bevölkerung verhaftet. — Die amtlichen Berichte bezeugen die Verluste des japanischen Heeres in der Zeit vom 21. Sept. vorigen Jahres bis zum 8. März dieses Jahres auf 541 Offiziere und Mannschaften, von denen 246 gefallten, 131 ihren Wunden erlagen, 98 an Krankheit verstarben, insgesamt auf 1653. Aus Kobe wird vom 24. g. gemeldet: Das (japanische) Parlament wird am Montag abgehalten. — Derselbe Zeitungen berichten, die Japaner hätten zwei weitere chinesische Kriegsschiffe angefaßt.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 23. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowski, Dr. v. Voeltz, v. Kellner, Graf v. Hammerstein, von Schöler, Präsident v. Koserow, Meine Herren! Am Vorbesitzenden 1. April vollendet der frühere Reichstagspräsident Fürst Bismarck sein 80. Lebensjahr. Es erhebt sich geboten, daß der Reichstags-Ausdruck sich seiner Theilnahme an diesem Tage, an dem der letzte unter den hervorragenden Begründern des Deutschen Reiches ein wenigem Gebirge sich schiedens Alter verlor, in dem Maße, als es die Ermöglichung dem Fürsten Bismarck den Geburtstagsgedächtnis des Reichstages ausdrücken zu dürfen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Harnack (Str.): Meine Herren, in der Voraussetzung, daß der Herr Präsident den eben gehörten Vorschlag dem Reichstage vorzubringen würde, habe ich mir erlauben, meine persönlichen Wünsche folgende Erklärung abzugeben: Die beantragte Gedächtnisrede des Fürsten Bismarck seitens des Reichstages gilt der persönlichen Persönlichkeit, ist ein politischer Akt; dieses um so mehr, als ich bei Wachen einen desfallsigen Gedächtnis des Reichstages die Eigenschaft ganz besonderer Ehrung des Staatsmannes als solchen begreifen wird. Das Centrum kann ebensowenig den Bescheid einer solchen Billigung abgeben, wenn es den Vorschlag einer Gedächtnisrede ohne Widerspruch ließe, denn Fürst Bismarck ist ein unheilbares Ganzes. (Beifall rechts im Centrum, stürmische, anhaltende Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Würdigen der Persönlichkeit, welche vor sehr Jahren wählten, fallen von dem Augenblicke an, da Fürst Bismarck nicht mehr im Amte ist, gänzlich fort (Wachen rechts). (Nur: So?); nicht mehr können Erhebungen, die aktiven Reichstagsmitglieder erziehen wurden, hier nicht in Betracht kommen. (Sehr wahr!) Somit sind wir zu unserem Bedauern außer Stande, einem Glückwünsche von Seiten des Reichstages zuzugestimmen. (Auf: Nichts; Bedauernd!) Wir verbleiben jedoch die in nächster bezeugen Gründe, die es uns im einzelnen unmöglich machen, dem Vorschlage des Herrn Präsidenten beizustimmen, um nicht durch den Streit um eine Persönlichkeitsrede die ohnehin großen Schwierigkeiten der politischen Lage noch zu erhöhen. Dies, meine Herren, ist meine Erklärung. Ich habe kein Wort hinzuzufügen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. von Bennigsen (Str.): Meine Herren, meinen politischen Freunden ergeht es als ein Ehrenpflicht, dem Fürsten Bismarck, welchem Deutschland seine nationale Einheit, seine Aufstellung in der Welt in dieser Art verdankt (Beifall), zum achtzigsten Geburtstag durch den Herrn Präsidenten die Glückwünsche zu senden, die ihm abzurufen. (Beifall rechts.) Viele Tausende von Deutschen aller Berufsstände und der verschiedensten politischen Ansichten (Sehr richtig!) rufen sich jetzt, in der Heimath und in der Ferne den achtzigsten Geburtstag des großen Staatsmannes in würdiger Weise zu feiern. Nicht begreifen würde man es und unverständlich würde es

bleiben in unserem Vaterlande und außerhalb desselben (sehr wahr), wenn allein der deutsche Reichstag, welcher gar nicht existiren würde (stürmische Beifall), welcher gar nicht existiren würde (stürmische Beifall) die erlösende politische Zeitfuge des Fürsten Bismarck, gewissermaßen auch in diesen Tagen unthätig und großartig zur Seite stände. Ich weiß wohl, für die großen und unauflösenden Aufgaben und für die Arbeit eines langen, aufopfernden, im Dienste des Vaterlandes zugebrachten Lebens, da andere Eigenschaften des Fürsten Bismarck, die er überaus großes Maß von Willensstärke und Verstand mit sich brachte. Diese Eigenschaften, die das Gelingen der großen nationalen Arbeit bedingten, waren allerdings vielfach auch Voraussetzung für scharfe Gegensätze und Kämpfe auf dem Gebiete der inneren Politik in Preußen und in Deutschland. Aber es wäre doch ein leidenschaftliches Zeichen für die Betretung einer großen Nation (sehr richtig!) wenn die in dem Momente einer so seltenen Feier des achtzigsten Geburtstages eines Mannes, welcher seit Jahren aus der aktiven politischen Thätigkeit ausgeschieden ist (Widerpruch links und im Centrum), mit seiner der Parteien in parlamentarischen Kämpfen mehr befragten ist, wenn die in einem solchen Ausblicke nicht die Ermahnungen an politische Gegensätze und schwere Kämpfe unbenommen genug sein könnte, zurücktreten zu lassen (sehr richtig!) gegenüber der unbefangenen historischen Würdigung einer großen Persönlichkeit, welcher Jahrhundert einer deutschen Geschichte viele Männer an die Seite zu stellen im Stande sind. (Wohlfühlend.)

Abg. Richter: Namens der freisinnigen Volkspartei und der deutschen Volkspartei habe ich zu erklären: Die angelegte Gedächtnisrede sind wir außer Stande, als einfache Verbindung menschlicher Theilnahme für den hochbeachteten Staatsmann auszusprechen nach der Art, wie ein Theil der Anhänger des Fürsten Bismarck es thut, die Gedächtnisrede zu einem politischen Gedächtnisakt für denselben unangelegten (Beifall Zustimmung links und zu parteipolitischen Zwecken für sich selbst auszubringen. (Stürmische Zustimmung links, lebhafter Widerspruch rechts.) Auch wir verkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck und das deutsche Staatsrecht (Stürmische Unterbrechungen rechts.) Die Unterbrechungen, wenn die Sie das Gedächtnis parteipolitisch auszusprechen (Sehr richtig!) Die Persönlichkeitsrede des Fürsten kann und muß beanprucht, ganz und ungetheilt gewidmet zu werden. (Wachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Fürst Bismarck ist zugleich der Träger der inneren Politik, die uns als den Liberalen und dem parlamentarischen Wesen durchgängig selbständig machen, und deshalb im Interesse von Volk und Vaterland zu bezeugen stets für unsere patriotische Pflicht erachtet haben. (Beifall rechts im Centrum.) Schallendes Beifall rechts.) Inzwischen hat Fürst Bismarck im letzten Willen seiner amtlichen Wirksamkeit verdient, daß seine Persönlichkeit, welche sich in der Welt und in der Geschichte, welcher wir heute Kreise der Bevölkerung politisch demoralisierend einwirkt, (Wachen und Oho! rechts. Stürmische Zustimmung links.) die Gegenwart schwer belastet und für die Zukunft unserer nationalen Entwicklung Verhängnis erweckt. (Gelächter und Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Auch nach dem am heutigen Tage, die Gedächtnisrede zu einem Ziel geleitet werden ist, nicht derselbe mit der ganzen Autorität seiner Person auf die öffentliche Meinung einzurufen in einer Richtung, welche die Einleitung der inneren Politik in geduldiger Bahnen verbindet oder erwidert. Wir bebauern daher, dem Ertrinken des Herrn Präsidenten keine Folge geben zu können. (Stürmischer Beifall links und im Centrum.)

Abg. Herr v. Manteuffel (L): Ich bitte Sie im Namen meiner politischen Freunde, dem Wunsch, dem der Herr Präsident Ausdruck gegeben hat, Folge geben zu wollen. Meine Herren, das deutsche Volk würde es nicht verleben (Wachen links), wenn der Deutsche Reichstag an dem Tage (Sehr wahr! rechts), an dem Fürst Bismarck sein achtzigstes Lebensjahr vollendet, unter den Exultationen in Friedrichsruh, in welche (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) — Gelächter und lebhafter Widerspruch links und im Centrum.) — Der Deutsche Reichstag verbannt seine Gedächtnisrede doch im wesentlichen dem deutschen Reichstag (Wachen links und im Centrum.) und unter dem Vortage der deutschen Reichstages will das Kind seine Danksagung seine Gratulation verlagern! Mein, meine Herren, das halte ich für unmöglich! (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) — Widerspruch links und im Centrum.) Ich will hier nicht eingehen auf die Ausführungen des Abg. Richter bezüglich der politischen Stellung des Fürsten Bismarck, welche ich nicht durchführen des Abg. Grafen Harnack. Nur dies möchte ich hier sagen: Beide sind darin übereinstimmend gewesen, daß die Persönlichkeitsrede des Fürsten Bismarck nicht thörichte laße. Nun, den Versuch, dieselbe zu theilen, den haben sie auch gar nicht gewagt, und das geht für die Größe ihrer Persönlichkeit ein Gedächtnis (stürmischer Beifall), und ich meine, dieser großen Persönlichkeitsrede gegenüber müssen die heiligen Bedenken, die Sie etwa haben könnten wegen dieser oder jener That im politischen Leben des Fürsten Bismarck, mit der er dieser oder jener politischen Partei vielleicht zu nahe getreten ist, einfach in den Hintergrund treten. (Beifall Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) — Widerspruch links und im Centrum.) Welche veränderte Stellung ist jetzt gegen das Jahr 1885, wo Fürst Bismarck 70 Jahre alt wurde, zu bemerken! Da ist die Darbringung der Glückwünsche, die der Herr Präsident von Weckel damals Ihnen vorschlug, die den geringsten Grund von Ihnen genehmigt worden. Und was hat sich denn in den Jahren 1885 bis 1894 im Inneren des Reichstages abgetragen? (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube, gerade die Herren von Centrum müßten doch der Meinung sein, daß in den 10 Jahren vieles geschehen ist, was das Verhältnis des Centrum zu den anderen Parteien gänzlich gefaltet hat. (Beifall Zustimmung rechts.) Aber auch nur ein so mächtiger Mann wie der Fürst, nur ein Mann von seiner Größe konnte seine Hand dazu heften, ohne sich selbst davon zu vergebem. Das alles sollte Sie bedenken und mit uns ihm Ihre Glückwünsche darbringen. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) — Gelächter und Widerspruch im Centrum und links.)

Abg. Singer (Str.): Ich habe im Auftrage meiner Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir dem Vorschlage des Präsidenten nicht zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, uns an einer Kundgebung für den Fürsten Bismarck zu betheiligen. Die durch den Fürsten Bismarck eingeführte Zoll- und Steuerpolitik hat eine schwere Schädigung über das deutsche Volk gebracht (stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die stürmischen Beifall bei den Sozialdemokraten, welche die sozialdemokratische Partei bis zur Verdrängung durch Sozialdemokraten verdrängt (stürmischer Beifall, anhaltender und wiederholter Zustimmung bei den Sozialdemokraten), er hat daher auch keinen Anspruch auf den Dank und die Anerkennung meiner Partei (stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten; Auf: Gott sei Dank! rechts) — der stürmischen politischen Partei Deutschlands (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Welche Zustimmung zu den Sozialdemokraten! Wir lehnen daher den Vorschlag des Präsidenten ab, und fügen zugleich die Bitte an denselben hinzu, über seinen Vorschlag den Beschluß des Hauses bezuzugreifen. (Stürmischer Beifall links, Gelächter und Wachen rechts.)

Abg. Richter (fr. Beifall): Ich gestatte mir namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir nicht einstimig die vom Präsidenten erwünschte Ermächtigung ertheilen. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst v. Harnack (Str.): Im Namen meiner politischen Parteigenossen erlaube ich mir folgende Erklärung abzugeben: Wir erlauben in dem Vorschlage des Präsidenten eine eminent politische Kundgebung, bestimmt, der Begleichung für das Volk

liche Wirten des Fürsten Bismarck in Staat und Reich einen prägnanten Ausdruck zu geben. An einer derartigen Kundgebung theilzunehmen verbietet uns als einer politischen Partei die Pflicht darauf, daß sich das amtliche und amtlich-öffentliche Wirken des ersten Reichspräsidenten zu dem Reichthum, welche wir auf freies und nationales Gebiet zu mahnen haben, nur zu oft in klaren Gegensatz stelle und diese natürlichen und wohlvererbten Rechte verleihe. Wir sehen uns hierdurch verbunden, an der beabsichtigten Kundgebung theilzunehmen.

Hg. von Kardorff (Hb.): Ich glaube, den Widerspruch des Hrn. Singer, der vorhin die Kundgebung in Göttingen des Fürsten Bismarck erhoben hat, wird nicht Bismarck verschmerzen (Hellerkeit). Wenn die Abg. Singer und Richter den Versuch machen, das Wort des Reichstages in dieser Angelegenheit auf das Niveau der Abstimmung der Berliner Stadtverordneten herabzuziehen (Widerpruch links), so finde ich das außerordentlich erklärlich (Widerst. rechts), denn ich kann nicht anders als das sagen: Wenn dieses Wort so abgegeben wird von der Mehrheit des deutschen Reichstages, wie es die Abg. Singer, Richter und Graf Sponckh hier beantragen, so sage ich, daß gegenüber unremigen ganzen Vaterlande, nicht bloß gegenüber unremigen ganzen Europa, gegenüber dem ganzen Welt (Beifall), für die Gegenwart und alle Zukunfts der Zukunft der Reichstag sich unerbittlich lächerlich macht. (Stürmischer Beifall und Hellerkeit).

Hg. v. Hedenberg (Weis): Im Namen und im Auftrag meiner politischen Freunde erlaube ich mir, die Herren Reichspräsidenten über die Begrüßung des Fürsten Bismarck uns ausdrücklich von der Gratulation auszunehmen. Es würde einem Hannoveraner schlecht anstehen, an der Ehrung eines Mannes theilzunehmen, welcher unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechts deutscher Fürsten und Königsämter Hannover zu einer verwerflichen Proklamation im Jahre 1837, Gott sei Dank, daß es geschehen hat. (Hellerkeit).

Hg. Graf v. Arn- und Knippenhan (Sopliant der konservativen Partei): Die Worte, die mein verehrter Landsmann eben gesprochen hat, passen nicht auf alle Hannoveraner. Ich habe das Gefühl, daß ich hier über auf Grund des Art. 29 der deutschen Reichsverfassung in Anspruch nehmen, als Vorkämpfer mich zu fühlen; aber als solcher habe ich nach meiner Überzeugung die Verpflichtung, eine Ehrung für einen Mann mit auszusprechen, der nach meiner Überzeugung das Verdienst hat, daß er uns überhaupte die Möglichkeit gewährt hat, in diesem Reichstag zu sitzen. (Beifall).

Hg. v. Ebermann v. Sonnenberg (Hb.): Im Auftrag meiner Fraktion erlaube ich dem Reichspräsidenten freudigen Herzes die Zustimmung zur Gratulation des Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstag. Wir halten eine solche Gratulation für eine einfache Pflicht der Dankbarkeit, die alle Deutschen ohne Unterschied des Glaubens und der politischen Meinung dem großen Baumeister des Reichs schuldig sind und wir sind überzeugt, daß eine Unterlassung jener Pflicht das Vertrauen und Ansehen des deutschen Reichstages im deutschen Volke schwer schädigen und den Spott des Auslandes herausfordern wird.

So weit meine Erklärung.
Wenn von einer großen Partei der Begründung zu den Erklärungen, welche die Herren von Arn- und Knippenhan hier abgegeben haben, nicht widersprochen wird, darf ich als Vertreter einer kleineren Partei das nicht für mich in Anspruch nehmen. Ich meine aber, der Summe der Belegstücke wird es einmal fügen, daß, wenn der Name des Fürsten Bismarck noch die ganze Welt erfüllt, man die Herren, die heute gegen ihn benutzten, welche die Herren von Arn- und Knippenhan zu sagen: Ah, das sind die sonderbaren Leute, die dem großen Deutschen einst die Ehrung zu seinem achtzigsten Geburtstag verweigern wollten. (Beifall und Hellerkeit).

Reichspräsident v. Caprivi: Da gegen meinen Vorschlag Widerspruch erhoben ist, muß ich Zustimmung und Meinung der Mehrheit des Reichstages abwarten und mir nicht erlauben, mich durch eine Abstimmung, die nach zwei mit vorliegenden Anträgen eine namentliche ist. Diese Anträge sind getheilt von den Abg. Frhr. v. Mantuffel und Dr. v. Bennigsen und Genossen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Ablehnung des Beschlusses des Reichstages vom 1. März 1873, Art. 14 § 1 in m. n. Dafür stimmt die Mehrheit der Reichstages, die Nationalliberalen, die Linken und die freisinnige Vereinigung mit Ausnahme des Abg. Dr. Warff.

Dagegen stimmen außer dem letztgenannten Abgeordneten geschlossen das Centrum, die beiden Volksparteien, die Sozialdemokraten, die Freien Polen und Genoss. Der amende Graf Bismarck stimmt mit Ja. Der Abg. Dr. v. Arn- und Knippenhan, welcher seine Stimme unter großer Hellerkeit des Hauses mit den Worten ab: Deimal Ja!

Reichspräsident v. Caprivi stellt das Ergebnis der Abstimmung mit, das auf der linken mit schwachem Beifall aufgenommen wird, und fährt fort: Dann haben die meisten Vorreden abgelesen. Das Resultat vorläufig ist, daß die Reichstagesversammlung des Reichstages nicht zuzulassen. (Elementar-Ausbruch des Beifalles und der Beifall der Nationalliberalen; minutenlanges Beifallsrauschen. Auch auf den Zwischenrufen ist eine stürmische Erregung bemerkbar, die sich in anhaltendem Beifallsrauschen und Entschuldigungen: Ah, keine Verbesserung des Reichstages und in kurzen Zügen und gleich, besonders groß ist die Erregung auf der allgemeinen und der mittleren Tribüne. Die Diener auf den Tribünen stellen die Hände wieder her.)

Reichspräsident v. Caprivi übernimmt das Präsidium und bemerkt:
Auf den Entschluß des Herrn Reichspräsidenten, den wir soeben vernommen haben, und den wir sehr bedauern, werde ich am Schluß der Sitzung gelegentlich der Frage der Tagesordnung für die nächste Sitzung zurückkommen. — Wir treten in die Tagesordnung ein. (Geheißer Beifall links).

Hg. Dr. v. Bennigsen (zur Geschäftsordnung): Mein politischer Freund, der Reichspräsident, hat zur Zeit nicht in Berlin anwesend, er kann sich also zur Zeit nicht darüber erklären, wie er sich zu dem Beschlusse des Hauses und gegenüber dem Entschlusse des Herrn Reichspräsidenten verhalten wird. Wir werden mit ihm in Verbindung treten und seine Entscheidung abwarten, wie sie annehmen, können freier Zeit erfolgen. Das kann ich aber nicht jetzt in Redebringungen mit der Aufstellung meiner politischen Freunde erklären, daß ich nicht im geringsten Zweifel darüber bin, daß er dem Beispiele des Herrn Reichspräsidenten folgen wird. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. Auch auf den Tribünen wird wieder vereinstimmte Zustimmung.)

Hg. Richter (Weis): Wenn die ungenügende Erklärung im Ansehung aus keine praktische Bedeutung haben wird (Große Unruhe), so beanlage ich mich doch, auf der Bemerkung, daß ich das Vertrauen habe, daß der Reichstag auch ohne diese beiden Herren fertig werden wird, und daß auch andere Abgeordnete sich finden werden, die das Präsidium zu führen imstande sind werden. (Große Unruhe rechts. Beifall links).

Unter großer Unruhe tritt das Haus darauf in die Tagesordnung ein.

Hg. Dr. Hammacher referirt über den Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen und leitet seine Ausführungen mit dem Bemerkten ein, es sei sehr schwierig, nach diesen Beschlüssen des Hauses und in dieser Stimmung über einen derartigen Gegenstand zu referiren. Namens der Kommission empfiehlt Redner die unveränderte Annahme des Etats.

Hg. Dr. Vingsen (Hr., welcher verständig) behandelt das Thema der Eisenbahnen und leitet seine Ausführungen mit dem Bemerkten ein, daß nach langer weiler Debatte der Anwesenheit nur sehr weniger Abgeordneten genügt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchsteuern beklagt sich

Hg. Jochen (nl) über die Höhe der Steuer, die die Schiffe beim Einlaufen in den deutschen Hafen zu zahlen haben, und die in letzter Zeit um das Doppelte erhöht worden sei. Die Schiffsverfrachtung nach Ausland könne infolgedessen einen Gewinn für die Schiffseigner nicht mehr abwerfen. Es sei billig, der deutschen Abnehmer diese Verluste aus den Einnahmen aus den Kamptulden zu ersetzen.

Reichschatzsekretär Graf Posadowski: Wir haben die größten Sympathien für die Durchführung der Schiffssteuererhöhungen, aber helfen können wir von Seiten des deutschen Reiches nicht. Wollen wir diese Verluste der deutschen Abnehmer auf Staatskosten übernehmen, so würden der Reichsfinanzen unerschwingliche Lasten auferlegt werden, denn nach einem solchen Vorgehen müßte jeder Staat große Schiffssteuern erheben und sich lösen, das deutsche Reich bezieht es in.

Gemäß dem Beschlusse der Kommission wird die Einnahme aus den Zöllen von 247,612,000 M. auf 348,572,000 M. d. h. um 990,000 M. erhöht.

Die Einnahmen aus der Zuckersteuer sollen gemäß dem Vorschlage der Kommission von 17,000,000 M. auf 20,000,000 M. d. h. um 2,908,000 M. erhöht werden.

Reichschatzsekretär Graf Posadowski tritt, es sei der Beschluß der Kommission im Etatsentwurf zu lassen. Der Etat ist ein Ganzes, es ist nicht zulässig, die Einnahmen einzeln zu erhöhen. Im Jahre 1893 hat das preussische Abgeordnetenhaus es ausdrücklich abgelehnt, daß der Reichstag zu einer Erhöhung der Bekämpfung der Einnahmen beifallig sei.

Hg. Richter (fr. Vp.): Der Reichstag hat sehr wohl das Recht, die Einnahmen zu erhöhen. Der Hinweis auf die preussische Abgeordnetenhaus ist nicht zulässig, weil dort nicht eine bewegliche Einnahmestelle vorhanden ist, wie hier das Reich. In der Weltgeschichte ist es öfter vorgekommen, daß eine weitere Erhöhung der Einnahmen aus der Zuckersteuer gerechtfertigt ist; ich behalte mir eventuell für die dritte Lesung einen Antrag vor.

Das Haus beschließt entsprechend dem Antrage der Budgetkommission.
Zum Titel Braunauer beantragen die Abg. Auer u. Gen. die Annahme folgender Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage eine Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz wegen Erhebung der Braunauer dahin abgeändert wird, daß bei der Bierbereitung nur Wasser, Malz, Hopfen und Hefe verwendet werden darf.

Hg. Wurm (Soz.) beantwortet die Resolution Auer, welche einen großen Liebellaut abgeben würde. Die Braunauer Biersteuer z. B. bezieht sich auf jedes Bier, das in Brauereien gebraut wird, und ist nicht verboten, da 90 Proz. aller Biersteuer (H. f. Fr.): Ich bin außer Stande, dem Antrag Auer zuzustimmen, wenn ich auch im Prinzip denselben zustimme. Wenn man hier auf die Erhebung der Biersteuer hinweist, so ist es nicht ein, weil diese Biersteuer mit der hier zu beabsichtigenden Biersteuer nicht übereinstimmt. Die Annahme des Antrages des Hrn. Wurm mit Verbot der Biersteuer der Verbrauch der Gerste für stete, was der Landwirtschaft nur zum Vortheil werden könnte. Dennoch aber glaube ich, daß der Antrag an dieser Stelle nicht angenommen werden kann. Ich hoffe, daß die Regierung sich nicht zu entschließen wird, ein Gesetz über die Biersteuer und eine Erhebung der Braunauer zu veranlassen.

Reichschatzsekretär Graf Posadowski: Es ist mit dieser Angelegenheit ähnlich wie mit der Veranschlagung von Weizen. Es ist hier verbundenen Regierungen sehr genau bekannt, welche Braunauer Biersteuer verwendet. Aber die Angelegenheit ist sehr schwierig zu behandeln, gerade die kleinen Brauereien würden durch ein allgemeines Verbot der Biersteuer getroffen werden. Das Verbot der Biersteuer würde doch eine sehr erhebliche Unannehmlichkeit des bestehenden Biersteuergesetzes zur Folge haben, sowohl in Bezug auf Kontrollen wie Strafverordnungen. Wir haben es schon in früheren Jahren ein zweites Mal vorgelegt, und ich habe die Überzeugung, daß die Reichstages immer wieder ihr drohendes Haupt erheben wird. (Hört! hört!) Und wenn wir ein Biersteuergesetz vorgelegen, so seien Sie überzeugt, wird darin auch die Biersteuerfrage gelöst werden.

Hg. Richter (fr. Vp.): Wenn die Biersteuer für Brauerei erhoben wird, so hoffe ich, wird sie ebenso fertig auf den Kopf geschlagen werden, wie die Tabaksteuer. (Hellerkeit).

Die Resolution Auer wird angenommen und der Etat der Zölle und Verbrauchsteuern genehmigt.

Darauf verliert sich das Haus.
Erster Reichspräsident Frhr. v. Bismarck schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Dienstag, den 29. d. M. 1 Uhr und auf die Tagesordnung zu legen die Wahl des Reichspräsidenten, den Rest der heutigen Tagesordnung und die zweite Beratung der Zolltarifnovelle.

Zur Geschäftsordnung bemerkt
Hg. Heber (Hr.): Ich erlaube den Reichspräsidenten, den ersten Gegenstand der Tagesordnung für Dienstag fallen zu lassen. Die Neuwahl des Reichspräsidenten erfordert Rücksprachen mit den Parteigenossen und unter den verschiedenen Parteien des Hauses. Am Sonntag und am feierlichen Feiertag, der ihm folgt, wird eine solche Rücksprache schwer, wenn nicht ganz unmöglich sein. Da diese Basis erst am Montag, den 27. d. M. wäre der Meinung, die Präsidentenwahl könnte vor Mittwoch nicht wohl auf die Tagesordnung kommen.

Hg. v. Kardorff (Hb.): Ich schlage vor, die nächste Sitzung abdam überhaupt erst am Mittwoch stattfinden zu lassen.

Hg. Richter (fr. Vp.): Wir haben alle den Wunsch, die Staatsberatung noch vor Schluß des Etatsjahres zu beenden. Wenn dagegen die zweite Beratung erst am Mittwoch fortgesetzt wird, so könnte die dritte Beratung erst am Freitag stattfinden, was wir nicht in Frage stellen, wenn wir nicht Abänderungen zu Hilfe nehmen, die über dem Rest der zweiten Staatsberatung am Dienstag auf die Tagesordnung gelegt wird.

Hg. v. Kardorff: Die Auffassung des Abg. Richter, würde nur dann richtig sein, wenn er annehmen könnte, daß die dritte

Beratung des Etats zwei Tage in Anspruch nimmt, und das meine ich nicht an. Ich glaube, daß sie nur einen Tag in Anspruch nehmen wird, und daß wir vor der Wahl des Reichspräsidenten eine neue Sitzung nicht haben sollten.

Hg. v. Richter (Ordnungsmäßig) es zulässig, auch ohne daß drei Reichspräsidenten, eine solche Sitzung zu halten. Sollten sich Schwierigkeiten dabei ergeben, so würde es ja noch immer Zeit sein, die Sitzung abzuheben. Der Abg. v. Kardorff meint, die dritte Beratung des Etats könne in einem Tage erledigt werden, die Zeit ist kein Fall bekannt, um das zu zeigen. Ich weiß nicht, wie weit diese besonderen Verhältnisse vordringen. Jeder ist imstande, die Beratung in die Länge zu ziehen. Wir haben ein Interesse daran, daß der Etat ordnungsmäßig erledigt wird, und die Regierungen haben ein Interesse daran, wenn sie den Etat ordnungsmäßig vorgelegt haben, auch vor Beginn des neuen Etatsjahres den Etat erledigt zu sehen.

Hg. v. Kardorff: Ich halte es für zweifelhaft, ob der Reichstag überhaupt beauftragt ist, eine Sitzung zu halten, wenn zwei Reichspräsidenten ihr Amt niedergelegt haben. (Geheißer Widerspruch links.) Ich glaube, daß das konstitutionelle Bedenken vorliegt.

Hg. Frhr. v. Mantuffel: Es wäre wohl möglich, die Beratungen der Parteien zu beschleunigen, daß wir am Dienstag um 2 Uhr die Sitzung abhalten können. Ich sehe auch nicht ein, welche Schwierigkeiten Verhandlungen da vorliegen. Meine politischen Freunde haben über den dringenden Wunsch, daß zwischen der zweiten und dritten Staatsberatung der Antrag Kamitz zur Beratung kommt. (Hörst: Ah links.) Ich hoffe, daß Sie uns das Engagement kommen, welches Sie uns im vorigen Jahre bezüglich der Beratung des Antrages Kamitz geschickt haben, auch in diesem Jahre bewahren werden, da es dringender wünschenswert ist, daß der Antrag bald zur Beratung kommt.

Hg. v. Heber bemerkt, daß das Dringende die Beschleunigung des Etats ist. Die nicht vollständige Belegung des Reichstages könne der Pflichterfüllung keinen Abbruch, wenn auch am Dienstag Sitzung ist.

Das Haus beschließt die Sitzung am Dienstag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Rest der zweiten Staatsberatung; Zolltarifnovelle.

Schluß 5 Uhr.

Zweiblage im Sachsenwald.*

R. Friedrichsruh, 24. März.
Der Kaiser hat für seinen Besuch am Dienstag dem Fürsten Bismarck eine besondere Auszeichnung und Ueberzählung zugeordnet. Wie wir vernahmen, werden auf Anordnung des obersten Regiments mehrere Schwadronen des Kaiserlichen Regiments v. Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7, dessen Chef der Alt-Regimentschef ist, sich mit dem Obersten und sämtlichen Stabsoffizieren nach Friedrichsruh begeben und auf einem Wiesenplatze im Park ganz in der Nähe des Schlosses Paradeauffstellung nehmen. Der Kaiser wird voraussichtlich selbst dem Chef des Regiments die Truppen vorführen. Fürst Bismarck wird bei dieser Gelegenheit den Stütz anlegen, den ihm der Monarch im vergangenen Jahre verehrt hat, und man nimmt an, daß der achtzigjährige Regimentschef bei der Parade selbst zu Pferde sein wird. Die Schwadronen treffen schon morgen (Montag) ein und werden in drei ungetragenen Mörtern einquartieren.

Die Ankunft des Kaisers dürfte gegen 12 Uhr und die Abreise kaum vor 6 Uhr erfolgen. Die Herrschaften verlassen den Zug nicht am Stationsgebäude, sondern am dem folgenden Wohnzuge, der unmittelbar vor dem Eingange zum Schlosse stehen ist; dort wird Fürst Bismarck seinen hohen Gast begrüßen. Nach der Ankunft findet eine größere Frühstückstafel statt. Später werden, wenn das Wetter es nur einigermaßen erlaubt, der Kaiser und der Alt-Regimentschef eine Spazierfahrt durch den Sachsenwald unternehmen.

Am heutigen Sonntag ging ein trüblicher Regen hernieder, der den Aufenthalt in Friedrichsruh sehr unwillkürlich madete; der Fürst verließ daher im Schloß und beschied nur am Abend den Oberstjäger Lange zu sich, um mit ihm die Anordnungen für die kommenden Tage zu besprechen. Graf Kanngiesser steht hierbei dem Fürsten hilfreich zur Seite. Wie wir hören, hat der Graf einen Anhang von 3 Monaten erhalten und wird mit seiner Familie bis in den Sommer hinein in Friedrichsruh verweilen. Seine Schöne liegen sich heute durch das raue Wetter nicht von ihrem Vergnügen im Freien zurückziehen, sie sitzen sich fleißig im Andern, und ihre besten Stimmen schollen weithin durch den Park. Prof. Schweninger trifft noch heute abend ein, und auch die beiden Söhne des Fürsten Bismarck werden erwartet. Der Gesundheitszustand des Alt-Regimentschefs ist ein durchaus erfreulicher.

Für die Ankunft der Abgeordneten hat der Hofhof ein Festgewand angelegt; Tamengewinde von den Büumen des Sachsenwaldes ziehen sich an der Bedachung entlang, sowie die Säulen und Kandelaber. Auch die Empfangshalle nebenan ist grün bekränzt und mit den Farben der deutschen Länder geschmückt. Die drei Jäger der Abgeordneten treffen 12 Uhr 55, 1 Uhr 5 und 1 Uhr 30 Minuten in Friedrichsruh ein. Für 170 Mitglieder des Reichstages und Herrenhaus wird eine besondere Frühstückstafel in Wittenberge vorbereitet, wo diese Herren 20 Minuten verweilen. Die Speisefarte trägt die Aufschrift: „Nach Friedrichsruh!“ und das Bild des Fürsten Bismarck.

Die Reichspostverwaltung wird, um dem Telegraphenamt am 31. März und 1. April zu begegnen, 14 Telegraphisten nach Friedrichsruh beordern, die neben dem Vortreiber und den beiden sonstigen Beamten die Arbeit zu bewältigen haben; außerdem wird für die Journalisten ein besonderer Schreibpavillon hergerichtet. Schade, daß Herr v. Etzinger nicht auch Macht über das Wetter hat. Während wir in später Stunde die Zeiten niederwerfen, brauen ringsum edle Frühlingsstürme. Nur kein Regen, wünschen die herbgeleiteten Gäste und — zeugen die Wirth!

* Wir beginnen hiermit die Berichterstattung über die Festlichkeiten in Friedrichsruh von Witardern, die an Ort und Stelle weilen. Die Redaktion.

Kirchliche Anzeigen.
St. Moritz: Mittwoch, den 27. März, abends 6 Uhr Passionsfest. Kirchlicher zweite Teil der Weihnachtsfeier (Jesu) Diakonius Reichmann.

Grösstes Special-Etablissement für Damen- und Mädchen-Hüte
Garnirte und ungarirte
von der einfachsten bis zur elegantesten Art.
Damen- und Mädchen-Hüte
Pariser und Wiener Modell-Hüte
solide hochaparte Genres.
Geschäftsraum
J. Lewin
Halle n. S., Rathskeller-Neubau.
Seldenband, Spitzen, Stickerien, Blumen, Federn, Schleierhüte, Handschuhe, Fächer, Sonnen- und Regen-Schirme etc.
Proben gratis. Aufträge von 20 Mk. an portofrei.

Pianino's,

größtartige Auswahl aus 10 der besten Fabriken, wie: Schwablen, Kuffler, empfindlich

H. Lüders, Mittelstraße 9, (Ecke ob. Schulstr., früher Pianofabrik Seib.)

Kautschuk Stempel
gut u. billig liefert

Alfred Pfantsch
Stempelfabrik
Nicolaisstraße 6

Man kauft neue und gebrauchte Möbel
jeder Art in größter Auswahl zu billigen Preisen nur bei

Friedrich Peileke,
Geißstraße 25.

Da Anfang April das Haus abgerissen wird, muß ich die Restbestände der **Wilhelm Borchers'schen Antursumasse** & **Große Ulrichstraße 56** kleinstmöglich räumen; zu jedem nur annehmbaren Preis werden abgegeben:

Wasserdichte Sommer-Havelocks, Steyrische Loden, Sommer-Joppen, Macco-Hemden, Hosen und Jacken, Kragen, Stulpen, Oberhemden, Herrenhüte, la. Waare Cristy, London, früher 12,00, jetzt 3,00, Chapeau-claques, Socken, Stiefel, Cravatten, Stöcke, Regen-Schirme, Glacéhandschuhe.

Nur Gr. Ulrichstraße 56.

Strumpf- Anstrickerei

Anfertigung nach Maass in Hand- und Maschinenstrickerei.

Einzelverkauf fort. Strumpfwaren zu Fabrikpreisen. **Nur bestbewährte Qualitäten in solider Ausführung.**

H. Schnee Nachf.
A. Ebermann,
Strumpfwaren-Fabrik,
Halle a/S., Gr. Steinstr. 84.

Wegen Geschäftsaufgabe

bewilligen wir von heute ab auf unsere bekannt billigen Preise **einen Rabatt von 15—20%.**

Wie bekannt, führen wir nur solide Qualitäten, und zwar befinden sich in großer Auswahl noch am Lager:

Kleiderstoffe und Confectionstoffe, Stoffe für Herren- und Knaben-Anzüge, Jupons — schwarze Seide — Spitzen, Leinen- und Baumwollwaaren, Handtücher, Taschentücher, fertige Unterröcke u. Schürzen.

— Rester. —

Schulze & Petermann,

Halle a/S., Clearingstr. 5, 1 Tr., Eckhaus unterhalb der Marktstraße.

Dr. Harang's Einj.-Freiw.-Institut,

Halle a/S., Jägerplatz 21. Staatl. Aufsicht! Bogr. 1864! 4 Klassen. 8 akadem. geb. Lehrer. 1893 bestand. 18 Zögl. d. Inst. d. Einj.-Examen, dazu noch 2 Sek. u. 1 Prim.; Ostern d. J. bestanden 5 Einj. Pension. Prosp.

R. Knüpfer's Musikinstitut,

Geiblichstraße 35. Geegründet 1864.

Gründlicher Unterricht in Clavierspiel, Gesang etc. (e) Best. Anmeldungen werden jederzeit angenommen.

Amthorsche höhere Handelsschule

zu Gera (Reuss j. L.) — 46. Schuljahr. —

1. Höhere Handelsschule mit Vorklasse (= Quarta), Berechtigung zum einjährig-freiwill. Militärdienst. Schulbesuch 1—4 Jahre, je nach Vorbildung. (ad)
2. Handelsakademie für rein fachwissenschaftliche Ausbildung. (ad)
Üeber Schulanfang, Unterrichts etc. Näheres durch die Prospects. Die Direction.

Fabrik's-Schornsteinbau und Reparaturen.

Patent-Ruß- und Funkenfänger. Rauchverschönde Feuerungs-Anlagen mit 1/2 Zoll Kohlen-Gehäusen.

Schornstein-Reparaturen, als: Hübertauen bei voller Feuerung, Geraderichten, Ausfüllen Einbinden, Wildschleier-Anlagen, auch wird dem schlechten Zug sofort abgeholfen. — Stämmliche Arbeiter werden ohne Vertriebsförderung ausgeführt. Zugleich empfehle Zugschiffe, Röhren- und Funkenfänger für Schornsteine. Garantie, daß keine Zugschiffe, Röhren oder Funken Rauchverdrümmungs-Anlagen bis 1/2 Zoll Kohlen-erzeugung und totale Rauchverbrennung unter Garantie. Beste Resultate, 23-jährige Praxis, über 1500 Schornsteinreparaturen ausgeführt.

Friedr. Gehling, Schornsteinflicker, Leipziger-Indenau. (ad)

Zur Confirmation!

Reichhaltigstes Lager in passender **Geschenk-Litteratur** sowie schöne Auswahl in **Confirmations-Karten** besseren Genres.

Otto Hendel, Buchhandlung, Markt Nr. 24.

Für Hausbesitzer!

Zur Renovation von Wohnungen beim Quartalswechsel empfiehlt sich bei promptester und billigster Bedienung. **H. Beyer.**

NB. Tapetenarbeiten incl. Waurerarbeit liefert mit elegantem Putzwerk unter Garantie der Haltbarkeit nur

H. Beyer, Meckelstraße 8.

Christian Glaser,

Halle a/S., Gr. Klausstr. 24
empfehlen in größter Auswahl:



empfehlen sein großes Lager

Albert Herrmann Nachf.

(Inhaber J. P. Mitzark)
Leipziger Straße 67

selbstgefertigter Sättel und Reitzeuge in allen Garnituren für Civil und Militär. Große Auswahl in **Fahrgeschirren** für Küch- und Verbeltswecke in bester und geschmackvoller Ausführung.

Lager sämtlicher Artikel für Reite-, Fahr- und Stall-Andrühung. Sämtliche Reizeffekten und feine Lederwaaren.

Empfehle als **Spezialität** meinen vorzüglichsten **elastischen Sattel** sowie meine weit verbreiteten, anerkannt besten **Ochsengehirre.**

Mit Kostenanschlägen nebst Zeichnungen stehe gern zu Diensten. Preisliste gratis und franco.

Bei streng reeller Bedienung die billigsten Preise.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Mühlensplisse und Schindeln.

Carl Schumann, Gr. Steinstr. 30.



Eiserne Bettstellen

mit Matrassen von Alpengras oder Strohhaar.

Kinder-Bettstellen

mit Seitenstellen aus Schuren- oder Drahtgeflecht.



Polster-Bettstellen

mit Dreifachbezug und Anblaselassen Einlage, sehr praktisch, zu billigen Preisen!!!

Illustrierte Preislisten kostenlos und postfrei.

Schon für 8¹/₂ Mark

höfere 50 Mtr. 1 Mtr. hohes verzinktes



DRAHTGEFLECHTE

frachtfrei jeder deutschen Bahnstation zur Anfertigung schöner und dauerhafter Gartenzäune, Hühnerhege, Wildgatter etc. Preisliste aller Sorten Geflechtes und Draht gratis durch

J. Ruschmann, Drahtwaren-Fabrik, Ruhdorf am Rhein. (ad)

Gerichtlicher Verkauf.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **L. G. Beck** (Firma **Gust Weig**) hier will ich nachstehend verzeichnete Waaren und Gegenstände als:

15 Ctr. Erdnussmehl,	13 Ringe Bindschuur,
1 Tonne amerif. Par.,	1 Sack Feindel,
3 1/2 Ctr. engl. Rhayoras,	4 Stück eichen. Kautbols,
7 " " "	1 Ladenstuhl,
5 " " "	1 Landkarte, 3 Drehkronen,

sowie einen gut erhaltenen zweithürigen eisernen Geldschrank unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigern. Termin hierzu ist auf

Donnerstag den 28. März cr., Vorm. 11 Uhr im Gerichtsstelle **Donnplatz 9** anberaumt.

Besichtigung kann täglich von 9—12 und 3—5 Uhr erfolgen.

Otto Knoche, Konkursverwalter.

Warum

trinken viele Menschen sogenannte Blüthen-Kaffee oder Kaffeesurrogate? Weil gut zubereiteter Kaffee nicht billig ist und dabei die Nerven aufregt. Warum aber genießt man solche Surrogate, die weder Genuss- noch Nahrungsmittel sind, die dem Körper nur gefälschtes warmes Wasser zuführen, wenn man für dasselbe Geld sich ein gesundes und dabei nahrhaftes Getränk verschaffen kann. Warum trinkt man nicht Kakao, der in jeder Beziehung das ideale Frühstücksgetränk ist. Kakao besitzt eine angenehme, beruhigende Wirkung für Magen und Nerven und ist dabei ein ganz vorzügliches Nahrungsmittel. Freilich muss man in der Auswahl vorsichtig sein und nur bewährte Fabrikate kaufen. Der Hallenser Kakao der Firma Fr. David Söhne z. B. nimmt unstreitig unter den vielen Fabrikaten einen ersten Platz ein.

Gewächse Lager aller Arten

Böttcherwaren.

G. Zander, Gr. Klausstraße 12.

Die Expedienten der Enale-Bettung befinden sich **Gr. Berlin, Heuss-Brannenab 1 und Markt 84** (Wagengebäude).